

Antrag der Fraktion der CDU**Wir bitten zu Tisch! – Weniger Isolation durch mehr Angebote für ältere Menschen**

Eine aktuelle Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion zur Ausstattung von sogenannten gemeinsamen Mittagstischen und Abendbroten für Seniorinnen und Senioren fördert ernüchternde Ergebnisse zutage. In nur spärlichem Umfang kann der Senat auf entsprechende Angebote in der Stadtgemeinde Bremen verweisen: im Stadtteil Findorff ein Mittagstisch-Angebot an zwei Wochentagen für etwa 40 Personen, im Stadtteil Gröpelingen ein Mittagstisch-Angebot an einem einzigen Wochentag für etwa 15 Personen, im Stadtteil Hemelingen ein Mittagstisch-Angebot an zwei Wochentagen für etwa 10 Personen, im Stadtteil Obervieland ein Mittagstisch-Angebot an vier Wochentagen für etwa 25 Personen, im Ortsteil Huckelriede ein Mittagstisch-Angebot an vier Wochentagen für etwa 25 Personen, im Ortsteil Kattenturm ein Mittagstisch-Angebot an drei Wochentagen für etwa 15 Personen, im Stadtteil Vahr ein Mittagstisch-Angebot an vier Wochentagen für etwa 15 Personen sowie ein Abendbrot-Angebot an zwei Tagen im Monat für etwa 40 Personen, im Stadtteil Huchting ein Abendbrot-Angebot an zwei Tagen im Monat für etwa 35 Personen. In allen anderen Stadt- und Ortsteilen Bremens existieren keine geförderten offenen Gelegenheiten für gemeinsame Einnahmen von Mahlzeiten. Magere Angebote angesichts der in der Stadtgemeinde Bremen lebenden 140 000 Seniorinnen und Senioren. In der Seestadt Bremerhaven gar, gibt es überhaupt keine geförderten offenen Mittagstische beziehungsweise Abendbrote.

Das Manko unzureichender Angebote ist das eine Problem, das der Erreichbarkeit der wenigen Angebote ein Zusätzliches. So teilt der Senat auf Anfrage der CDU-Bürgerschaftsfraktion mit, dass die Stadtgemeinde Bremen im Jahr 2023 entsprechende Fahrdienste für Menschen mit eingeschränkter Mobilität in lediglich vier Quartieren gefördert hat. Fußläufige Begleitungen zu den Mittags- und Abendtischen werden generell nicht gefördert.

Während im Jahr 2023 für Mittagstische in der Stadtgemeinde Bremen Steuergelder in Höhe von lediglich 93 000 Euro verausgabt wurden, liegen

für das Jahr 2024 Anträge mit einem Gesamtvolumen an Fördermitteln in Höhe von etwa 101 000 Euro vor. Bewilligungen unklar. Die derzeit wenigen Angebote der vom Senat geförderten offenen Mittagstische bleiben weit hinter den vollmundigen Erklärungen zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur und der gesellschaftlichen Teilhabe insbesondere für ältere Menschen zurück. Das wollen wir ändern und bitten Seniorinnen und Senioren zu Tisch – gemeinsam gegen Vereinsamung und Isolation im Alter.

Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest:

Die von der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration geförderten Angebote von offenen Mittagstischen, Kaffeetafeln und Abendbroten sind unzureichend und decken bei Weitem nicht den Bedarf der im Land Bremen lebenden Seniorinnen und Senioren. Mobilität, Beisammensein, Kommunikation und gemeinsames Essen sind wichtige Säulen im Kampf gegen Vereinsamung und Isolation im Alter.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat, im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel und neuer Schwerpunktsetzung im Sozialhaushalt, auf

1. der Öffentlichkeit und der Bürgerschaft (Landtag) ein Konzept zum Auf- und Ausbau bedarfsdeckender Angebote von geförderten offenen Mittagstischen, Kaffeetafeln und Abendbroten für Seniorinnen und Senioren noch im dritten Quartal 2024 vorzulegen;
2. dabei auch die prioritäre Mitnutzung bereits bestehender Angebote von Mittagsspeisung für andere Zielgruppen in den Stadtteilen zu prüfen und/oder mögliche neue Kooperationen beispielsweise mit Kitas, Ganztagschulen, Hochschulen und Universitäten zu initiieren;
3. dabei alle Wochentage zu berücksichtigen und zu prüfen, mindestens ein solches Angebot in jedem Stadtteil der Städte Bremen und Bremerhaven für mindestens 50 Personen vorzuhalten;
4. dabei die Erreichbarkeit zu diesen Angeboten für Seniorinnen und Senioren mit körperlichen Beeinträchtigungen und eingeschränkter Mobilität zu berücksichtigen und eine am Bedarf ausgerichtete Förderung von Fahrdiensten (Hol- und Bringdienste) sowie von fußläufigen Begleitdiensten zu prüfen;
5. dabei insbesondere für bedürftige Seniorinnen und Senioren zu berücksichtigen und für diese sicherzustellen, dass der Eigenanteil an den Kosten für Mahlzeit, Zusammenkunft und gesellschaftliche Teilhabe finanzierbar ist.

Kerstin Eckardt, Frank Imhoff und Fraktion der CDU